

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

2.8.1907 (No. 209)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 2. August.

№ 209.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Herausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1907.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 24. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Kirchenfondsrechner Friedrich Schleith in Hofen (Amts Schopfheim) die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Parlamentarisches aus Württemberg.

— Stuttgart, 31. Juli.

Der Abschluß des Etats, der nur unter großem Hasten und Drängen noch knapp vor dem äußersten verfassungsmäßigen Termin zuweg gebracht werden konnte, hat zu guter Letzt noch einen kleinen budgetrechtlichen Konflikt zwischen Erster und Zweiter Kammer gezeitigt. Der Anlaß — ein Staatsbeitrag von 500 M. an die Kaninchenzüchtervereine — ist herzlich unbedeutend, die formell-rechtliche Frage, die von beiden Kammern schließlich zur Kommissionsprüfung zurückgestellt wurde, sehr spitzfindig. Wenn man jedoch in der Presse die Erste Kammer glaubt ohne weiteres ins Unrecht setzen zu können, so braucht, um zur Vorsicht im Urteile zu mahnen, nur darauf hingewiesen zu werden, daß ein so gewiegter und scharfsinniger Kenner gerade des Budgetrechts, wie es Herr v. Hef ist, sich für die Auffassung der Ersten Kammer eingesetzt hat. Auch der Hinweis geht fehl, daß die Vertreter der Ritterschaft, von denen die Aufwertung dieser Streitfrage ausgegangen ist, sich solange als sie noch der Zweiten Kammer angehört, doch selbst zu der von ihnen jetzt bekämpften Rechtsanschauung der Zweiten Kammer bekannt haben. Solche Verpflanzungen, wie sie die einstigen Privilegierten der Abgeordnetenkammer durchgemacht haben, bringen stets eine neue Orientierung des Rechtsstandspunkts und des Eifers bei dessen Vertretung mit sich.

Die neuen Bestandteile der Ersten Kammer haben überhaupt in der Presse manche Kritik über sich ergehen zu lassen. Namentlich ist der einzige Vertreter des Handwerks, Malermeister Schindler, Vorstand des Verbands der württembergischen Gewerbevereine, obgleich er in dem gesellschaftlich so verschiedenartig zusammengesetzten Hause gar keine schlechte Figur macht, vielfach kleinlicher Torgerei ausgelegt. Während man es beispielsweise dem Manne verüßelt, daß er nicht zugunsten der Privatinteressen einiger Wasserrohrleger gegen das staatliche Hüttenwerk aufgetreten ist, will man es ihm andererseits zu einem schweren Vorwurf anrechnen, daß er den Lokalinteressen seiner Vaterstadt Göppingen zu dienen glaubte, wenn er für die Verleihung höherer Mängs und Gehalts an den Vorstand des dortigen Kameralamts eintrat. Und doch ist gar nicht zu leugnen, daß auch in solchen Neuheitslichkeiten nicht nur unter den Beamten, die den Vorteil davon haben, sondern auch unter den Städten und Bezirken, die der Sitz solcher Beamten sind, eine gewisse Rivalität besteht, wie denn Herr Schindler sich damit trösten kann, daß mit ähnlichen Wünschen schon oft auch demokratische Abgeordnete hervorgetreten sind. — Den Vertretern der Industrie in der Ersten Kammer wird neuerdings zum Vorwurf gemacht, daß sie bezüglich der vom 1. April 1908 an in Aussicht genommenen Portonerhöhungen nach dem Vorbild der Reichspost und Bayerns, wobei die 2 Pf.-Postkarte zum Opfer fallen wird, nicht entschieden für die 3 Pf.-Karte (statt der 5 Pf.-Karte) eingetreten sind. Gerade von ihnen — wird gesagt — hätte man ein Eintreten für den „Verkehr“ erwarten können. Und doch ist die Haltung der Herren sehr verständlich: sie sind an große Geschäftspunkte gewöhnt und an die Gleichmäßigkeit, die der deutschen Industrie in allen Teilen des Reichs ihren gemeinsamen Charakter gibt. Da ist es sehr begreiflich, daß sie sich nicht sonderlich zu erregen vermögen für Sonderwünsche, die dem kleinen Verkehrsgebiet Württemberg eine verhältnismäßig doch so untergeordnete Sondervergünstigung wahren wollen.

Die württembergische Sozialdemokratie hat bei der diesmaligen Verabschiedung des Etats zum erstenmal für den Etat im ganzen gestimmt, also die aus ihren eigenen Reihen schon verschiedentlich kritisierte „Kinderei“ der Etatsablehnung endlich aufgegeben. Der besondere Anlaß dazu ist zweifellos der, daß der diesmalige Etat so

bedeutende Lohnerhöhungen für die staatlichen Arbeiter und Gehaltsverbesserungen für die unteren Beamten enthält. Da wagte man sich doch nicht dem Vorhalt auszusagen, daß alle diese Zuwendungen, wenn es schließlich auf die Sozialdemokratie angekommen wäre, wieder in Frage gestellt worden wären. Es ist eben doch nicht so leicht, den einfachen Leuten klar zu machen, daß man an der ihnen zugeordneten Verbesserung ein Verdienst habe, auch wenn man den Gesamtetat, mit dem diese Verbesserungen stehen und fallen, formell und aus allgemein politischen Gründen ablehne. Auf alle Fälle ist es zu begrüßen wenn sich wenigstens die einzelstaatlichen Vertretungen daran erinnern, daß die sozialdemokratische Partei jetzt das Schwabenalter erreicht hat und daß es für sie Zeit ist, allmählich etwas geistiger zu werden.

Freiherr v. Marschall über die internationalen Schiedsgerichte.

II. (Schluß.)

Die Bemerkungen, die Ihnen zu machen ich die Ehre hatte, haben uns zu der Ueberzeugung geführt, daß es am besten wäre, den gegenwärtigen Artikel 16 der Konvention von 1899 aufrecht zu erhalten. Die Frage, ob es ein beschränktes Gebiet von Fragen gibt, für die man ohne jeden Vorbehalt die obligatorische Schiedsprechung einführen könnte, wird zu prüfen sein. Auf dem weiten Gebiete der internationalen Beziehungen, die den Gegenstand von Verträgen unter den Staaten bilden, gibt es ohne Zweifel solche, die in keiner Weise die Ehre oder die wesentlichen Interessen berühren und für die demgemäß die obligatorische Schiedsprechung ohne jede Einschränkung eingeführt werden könnte. Es handelt sich hier also lediglich darum, die Frage zu klären, ob für dieses Gebiet vielleicht die obligatorische und die allgemeine Schiedsprechung eingeführt werden könnte. Man hätte dabei in erster Linie an die sogenannten Weltverträge zu denken, die für alle Staaten oder wenigstens für eine große Anzahl von solchen verpflichtend sind. Dahin gehören z. B. die Post- und Telegraphenverträge, die Verträge zum Schutze der unterseeischen Kabel, zur Verhütung des Zusammenstoßes von Schiffen auf See, die Verträge zum Schutze des literarischen, künstlerischen und gewerblichen Eigentums und die Haager Verträge über das internationale Privatrecht.

Einer dieser Verträge, der Weltpostvereinsvertrag, enthält bereits die obligatorische Schiedsprechung. Wenn man die Frage der Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit für diese Weltverträge prüfen will, wird man im Auge behalten müssen, daß die Gleichmäßigkeit ihrer Anwendung durch widersprechende Schiedssprüche gefährdet werden könnte. Ein solches Ergebnis wäre zweifellos im Widerspruch mit dem Gedanken, der beim Abschluß dieser Verträge maßgebend war. Man müßte also auf Mittel bedacht sein, um diese Eventualität zu vermeiden. Man muß ferner im Auge behalten den Unterschied zwischen denjenigen Verträgen, die ausschließlich Rechte und Pflichten der Regierungen feststellen und solchen Verträgen, die rechtliche Beziehungen der Untertanen regeln und deren Anwendung in die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte fällt. Dazu gehören besonders die Verträge über das gewerbliche Eigentum und über das internationale Privatrecht. In bezug auf die allgemeinen Verträge und ebenso auf diejenigen zwischen zwei Staaten, die technische Fragen betreffen, wäre zu prüfen, ob es möglich ist, die Lösung von Streitfällen, die aus ihnen hervorgehen, einem Schiedsgericht zu überlassen, und ob es sich empfiehlt, immer dasselbe Verfahren einzuhalten. Nach unserer Meinung könnte man damit kaum in allgemeiner Weise den Haager Schiedshof beauftragen, da er ja unter seinen Mitgliedern keine Techniker hat von hinreichender Zuständigkeit zur Erledigung der technischen Fragen, deren Entscheidung notwendig wäre. Es wird sehr schwer sein, die Probleme, die sich nach dieser Richtung ergeben, zu entscheiden ohne Zuziehung von Spezialisten und ohne eine aufmerksame Prüfung von Seiten derjenigen Regierungen, die an den einschlägigen Konventionen beteiligt sind. In bezug auf diejenigen Verträge, die nur zwischen zwei Staaten abgeschlossen sind, wird man vielleicht schließlich zu dem Ergebnis kommen, daß man es den beteiligten Regierungen überlassen muß, zu entscheiden, ob die aus solchen Verträgen hervorgehenden Streitigkeiten der Schiedsprechung zu unterwerfen und in welcher Weise diese Schiedsprechung zu organisieren sei.

Ich habe mir erlaubt, Ihnen die Punkte zu bezeichnen, die die Aufmerksamkeit der Kommission und insbesondere des Redaktionskomitees gebietend erheischen. Aber ich lege Wert darauf, zu erklären, daß wir bereit sind, gewissenhaft und unparteiisch alle Vorschläge zu prüfen, die schon gemacht sind und etwa noch gemacht werden. Man wird mir ohne Zweifel einwenden, man erwarte von der Konferenz nicht juristische Debatten, sondern einen wirklichen Fortschritt. Das ist auch meine Meinung. Aber was die obligatorische Schiedsprechung betrifft, so genügt es nicht, ein Prinzip aufzustellen, sondern man muß die Einzelheiten regeln, um die Anwendung zu sichern. Um eine Metapher anzuwenden, es genügt nicht, ein Weltenhaus (eine maison mondiale) mit einer schönen Fassade herzustellen, sondern man muß auch dafür sorgen, daß die Länder der Welt darin gut und in Eintracht wohnen können. Die Konferenz wird dafür verantwortlich sein. Und wenn unsere gewissenhaften Erwägungen über das Prinzip der obligatorischen Schiedsprechung nicht dazu gelangen sollten, ein Ergebnis zu finden, das ganz den durch die Berufung der Konferenz erweckten Hoffnungen entspricht, so könnten wir jedenfalls doch in dieser schweren Frage einen erheblichen Schritt nach vorwärts tun.

Ich sehe noch einen andern Weg, das uns allen gemeinsame Ziel zu gewinnen. Die Idee der Schiedsprechung wird sicherlich davon einen großen Gewinn haben, daß es gelingt, das Verfahren vor dem Schiedshof zu verbessern und zu vereinfachen. Aber die wichtigste Reform wäre die, die uns die amerikanischen und russischen Vorschläge in Aussicht stellen, die dahin gehen, dem Haager Schiedshof den Charakter eines wirklich permanenten Gerichtes zu geben. Wir schließen uns ganz der Fuldigung an, die der bisherigen Tätigkeit des Haager Schiedshofes dargebracht ist. Aber man darf die Augen nicht vor seiner Unfertigkeit verschließen. Ich will keine Kritik üben. Es war das große Verdienst der ersten Konferenz, uns den Weg gezeigt zu haben, den wir gehen müssen. Ein wirklicher permanenter Schiedshof, besetzt mit Richtern, die durch ihren Charakter und ihre Fähigkeiten allgemeines Vertrauen genießen, wird eine sozusagen automatische Anziehungskraft auf juristische Streitfälle jeder Art ausüben. Und eine solche Einrichtung wird der Schiedsprechung eine viel häufigere und viel ausgedehntere Anwendung sichern, als eine allgemeine Schiedsklausel, die man mit Klauseln, Vorbehalten und Einschränkungen umgehen muß. Wir sind bereit, alle unsere Kraft zur Vollendung dieses Wertes bereit zu stellen. Indem sie so das Wert der ersten Konferenz fortsetzt, wird die zweite Konferenz nicht hinter der ersten zurückstehen und die Hoffnungen rechtfertigen, daß ihre Arbeiten der Festigung des Friedens dienen durch die Ausbreitung der Herrschaft des Rechtes und Stärkung des Bewußtseins der internationalen Gerechtigkeit. (Lang anhaltender Beifall und Beglückwünschungen des Redners.)

** Der Badische Eisenbahnrat

trat am 27. Juli in Mannheim im Saale der dortigen Handelskammer zu seiner 54. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Winterfahrplans 1907/08. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurden Verkehrsfragen von allgemeiner Bedeutung behandelt. Von diesen ist insbesondere die Frage der Einführung der IV. Wagenklasse bei der badischen Staatsbahn bemerkenswert. Eine Anzahl Mitglieder des Eisenbahnrates vertrat die Anschauung, daß die Einführung der IV. Wagenklasse in Baden unter den jetzt gegebenen Verhältnissen geboten sei. Als Gründe hierfür wurden angeführt: Der erhebliche Preisunterschied zwischen der II. und III. Wagenklasse (Personenzug), der die Einführung einer Zwischenstufe zwischen der zweiten und der 2. Pfennigklasse notwendig erscheinen lasse; die unerwünschte Sonderstellung der badischen Staatsbahnen unter den deutschen Nachbarverwaltungen (ausgenommen Bayern), die alle die IV. Wagenklasse eingeführt hätten, und die Notwendigkeit einer völligen Vereinheitlichung im Personenverkehr aus nationalen Gründen; betriebsdienliche Schwierigkeiten beim Uebergang von der badischen Bahn auf die Nachbarbahnen; Unbequemlichkeiten für das Publikum beim Umsteigen auf den Grenzstationen und beim Lösen neuer Fahrkarten; die Erleichterung des Verkehrs für Reisende, welche Traglasten mit sich führen; die Tatsache, daß bei den Nachbarverwaltungen die IV. Wagenklasse sich überall gut eingeführt habe, insbesondere auch deshalb, weil die neueren Wagen IV. Klasse allen Anforderungen genügen, die man billigerweise stellen könne; die Vereinbarung der durch Annahme des Zweifelhinitarifs für die III. Klasse sich ergebenden erheblichen Einnahmeausfälle. Von einem Mitglied wurde der Wunsch ausgesprochen, auch die IV. Klasse, abweichend von der preussischen Einrichtung, mit Sitzplätzen auszustatten und daneben in den Personenzügen auch die II. Klasse zu belassen. — Andere Redner vertraten die Anschauung, daß die bis jetzt vorliegenden Erfahrungen noch nicht hinreichen, um über eine so einschneidende Maßnahme ein abschließendes Urteil fällen zu können. Die im Mai und Juni 1907 noch gemeinsamen Einnahmeausfälle lassen sich aus verschiedenen Gründen erklären. Die Notwendigkeit der Einführung einer IV. Klasse sei nicht nachgewiesen. Die Zweite Kammer habe sich in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt der Nichterführung der IV. Klasse gestellt. Inzwischen seien noch keine neuen Momente hervorgetreten, die ein Abgehen von dem früheren Standpunkt notwendig erscheinen ließe. Es sei Sache der Regierung, über die Wirkung der Personentarifreform Erfahrungen zu sammeln und die gewonnenen Unterlagen dem Eisenbahnrat und dem Landtage zu unterbreiten.

Der Herr Ministerpräsident dankte für die offene Aussprache; er finde es begreiflich, daß der Eisenbahnrat das Bedürfnis gefühlt habe, diese Frage zu erörtern. Seit die Regierung die Denkschrift über die Einführung der Tarifreform in Baden dem Eisenbahnrat und den Landständen vorgelegt habe, hätten sich die Verhältnisse in mancher Hinsicht geändert: Württemberg habe die IV. Wagenklasse eingeführt; die Fahrartensteuer sei in ganz anderer Form, als ursprünglich beabsichtigt, durchgeführt worden, wodurch insbesondere auch die Spannung zwischen der steuerfreien III. Klasse in den Personenzügen und der steuerpflichtigen II. Klasse noch wesentlich vergrößert worden sei. Auch habe die Einführung der IIIb Klasse im Uebergangsverkehr gewisse Verkehrs- und betriebsdienliche Schwierigkeiten gebracht. In Württemberg, bei der Reichsbahn und bei den pfälzischen Bahnen habe sich die IV. Klasse inzwischen bewährt und beim Publikum großen Anklang gefunden, weitere Erfahrungen zu sammeln, und sodann später dem Eisenbahnrat und dem Landtage über das Ergebnis Mitteilung zu machen, um diesen Vertretungen Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anschauungen zu geben.

Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, die Bestimmungen über die Gepäckerfertigung dahin zu vereinfachen, daß auch Abfertigung ohne Vorgeigung von Fahrkarten und über die Bestimmungsjahre der Fahrkarte hinaus ermöglicht würde. Von der Generaldirektion wird erwidert, daß die An-

gelegentlich bereits bei der ständigen Tarifkommission anhängig sei und im wesentlichen im Sinne der Antragsteller verfolgt werde.

Von einigen Mitgliedern wurden Mängel in der Personenabfertigung im direkten Verkehr zur Sprache gebracht. Die Generaldirektion anerkennt, daß da und dort noch Unvollkommenheiten vorhanden seien, verwaltungsseitig werde das möglichste getan werden, um bestehende Härten und Unvollkommenheiten zu beseitigen. Für Anregungen sei man dankbar.

Aus den Erörterungen über den Winterfahrplan ist hervorzuhelien:

Einschneidende Änderungen gegenüber dem Sommerfahrplan sind für den kommenden Winterdienst nicht vorgesehen. Die Fahrplanänderungen bestehen größtenteils im Wegfall der im Sommer zur Bewältigung des stärkeren Reiseverkehrs vorgesehenen Züge oder in der Späterlegung von Zügen mit Rücksicht auf den späteren Beginn des Schulunterrichtes und der Arbeit in den Fabriken.

Aus der Zahl der geäußerten Fahrplanwünsche sind hervorzuheben:

Halt der der Schnellzüge: 21 in Rastatt, 102 in Achem, 44 in Niesel, 9 in Lehr-Dinglingen, 61, 59, 57 in Neßl, 19, 146 in Waghäusel, 17 in Haslach, 11 in Engen.

Halt der Personenzüge: 789, 765, 870 in Schliengen, 737, 739 in Blankenloch, 649 in Korf, 443 in Bammatal.

Die beantragten halte der Schnell- und Gilzüge mußten abgelehnt werden, weil die betreffenden Züge durchweg einen gespannten Fahrplan und knappe Anschlüsse haben. Bezüglich der übrigen beantragten halte wurde Prüfung zugesagt.

Ferner:

Durchführung des Zuges 12 bis Basel, Einlegung eines Anschlusses von Heidelberg an Zug 92 in Karlsruhe, Einlegung eines Früh-Gilzuges Freiburg-Basel zum Anschluß an Gilzug 138 Basel-Konstanz, Einlegung eines beschleunigten Personenzuges Offenbourg-Doß nach Zug 43, Durchführung der Züge 1040 und 1041 von Schwezingen bis und ab Speyer, Einlegung eines weiteren Vormittags- und Nachmittagszuges Bruchsal-Bretten.

Durchführung der Züge 1430 und 1442 bis Konstanz, 1434 bis Immendingen, 1438 bis Kaufach, Einlegung eines Abendeilzuges Basel-Konstanz, Durchführung der Züge 3369 und 3366 bis und ab Zell, tägliche Führung des Zuges 1728 Basel-Zell.

Einlegung eines weiteren Zugpaars Waldshut-Immendingen, tägliche Führung des Zuges 3403 statt 3401 Freiburg-Simmendingen, Herstellung des Anschlusses von Zug 1411 von Konstanz an Schnellzug D 2 nach Basel in Offenbourg, Verbesserung des Anschlusses von Konstanz an Zug D 187 nach Berlin in Singen, Späterlegung des Zuges 6073 von Freiburg bis Offenbourg, Herstellung des Anschlusses in Karlsruhe von Zug 104 aus Forstheim an Zug 96 nach Konstanz, des Anschlusses in Bruchsal von Zug 171 aus Stuttgart an Zug 1083 nach Germersheim, Verbesserung der Verbindung Eppingen-Bretten-Bruchsal und

Sinsheim-Eppingen-Bretten, Durchführung des Zuges 920 vor Zug 12 bis Appenweier, Beibehaltung des Zuges 336 Osterburden-Heidelberg in seiner bisherigen Kurslage zur Aufrechterhaltung des Anschlusses an Zug 904 nach Bruchsal, Beibehaltung der Schnellzugsverbindung Mannheim- und Heidelberg-München mittels des Zuges 142, Beibehaltung des Zuges 884 Heidelberg-Mannheim, Verbesserung der Verbindung Pfalz-Karlsruhe durch Einführung weiterer Schnellzugshalte in Winden, Früherteilung des Zuges 1445 Konstanz-Billingen.

Bezüglich dieser Wünsche wurde Prüfung, und so weit die beantragten Zugverlegungen ohne Schädigung erheblicher anderer Interessen angängig sind, Berücksichtigung zugesagt. Bezüglich der Einlegung weiterer Züge erklärt die Eisenbahnverwaltung jedoch mit Rücksicht auf die ganz erheblichen Mehrleistungen von Zugkilometern im Vergleich zur vorhergehenden Winterfahrplanperiode Zurückhaltung üben zu müssen.

Zur Kaiserzusammenkunft in Swinemünde.

(Telegramme.)

* Kiel, 1. Aug. Die beiden bei Bergen von der Hochseeflotte nach Kiel bestimmten Torpedobootflottilien brachen gestern ihre Artillerieübungen ab und dampften nach Swinemünde, um dort zur Flotte zu stoßen. Die Hochseeflotte wird in ihrem gesamten Umfang bei der Kaiserbegegnung zugegen sein.

* Swinemünde, 1. August. Die „Hohenzollern“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord lief um 8 Uhr 20 Min. unter dem Salut der Forts im Hafen ein und machte am Bollschuppen fest. Das Wetter ist kühl und regnerisch.

* Berlin, 1. August. Der Reichskanzler Fürst Bülow ist nach Swinemünde abgereift.

* Kronstadt, 1. August. Die Yacht „Alexandra“ mit Seiner Majestät dem Kaiser und der Kaiserin an Bord ist heute vormittag 10 Uhr hier eingetroffen. Der Kaiser begab sich an Bord der Yacht „Standard“, während die Kaiserin auf der „Alexandra“ nach Peterhof zurückkehrte. Die „Alexandra“ signalisierte „Glückliche Reise“. Die „Standard“, welche die Kaiserstandarte trug, ist begleitet von sämtlichen Kreuzern unter Befehl des Admirals Jessen.

Von der Haager Friedenskonferenz.

(Telegramme.)

* Haag, 1. Aug. Die Unterkommission für die Beratung der Gesetze und Gewohnheiten des Landkrieges hat gestern einstimmig angenommen und infolgedessen an den Redaktionsausschuß verwiesen: erstens den Vorschlag Deutschlands, wonach vertragliche und anders analoge Verpflichtungen im Feindesland von den Kriegführenden respektiert werden sollen; zweitens den weiteren Vorschlag Deutschlands, wonach die Staaten für Verletzungen des Reglements betreffend die Gesetze und Gewohnheiten des Landkrieges, die etwa von ihren militärischen Streitkräften begangen werden, verantwortlich sein sollen, und wonach die Staaten verpflichtet werden, für solche Verletzungen Entschädigungen zu zahlen. Die genannte Kommission hat ferner mit 18 gegen 15 Stimmen angenommen und infolgedessen ebenfalls an den Redaktionsausschuß verwiesen den belgischen Vorschlag, wonach verboten ist, Bewohner eines besetzten Gebietes zu zwingen, gemeinsam oder individuell persönlich an militärischen Operationen gegen ihr Land teilzunehmen, und von ihnen Auskünfte bezüglich solcher Operationen zu verlangen.

Das englische Schiffsbauprogramm.

(Telegramme.)

* London, 31. Juli. Unterhaus. In seinen Ausführungen über das Schiffsbauprogramm bemerkte Admiralitätssekretär Robertson, daß er zurzeit den Erklärungen vom vorigen Jahre und dem Beginn der laufenden Session nichts hinzuzufügen habe. Am Bauprogramm sind drei Neubauten

vorgesehen, das dritte Schiff werde auf den Stapel gelegt werden, wenn nicht die Geschwinde auf der Haager Konferenz es rechtfertigen, davon abzusehen. Robertson erklärt in bezug auf den Bau von Torpedobootszerstörern, die Admiralität stehe auf dem Standpunkt, daß der Bedarf Großbritanniens an Torpedobootszerstörern nach strategischen Rücksichten bestimmt werden müsse, und der sogenannte Zweimächte-Standard hierauf nicht anwendbar sei. Er macht sodann Angaben über die im Besitz Großbritanniens befindlichen Torpedobootszerstörer im Vergleich zu der Zahl von Zerstörern im Besitz anderer Mächte und erklärt, daß die britische Zerstörerflotte denen anderer Mächte überlegen sei. Beim Kapitel „Kreuzer“ macht er Einzelangaben über Anzahl, Größe und Kosten der großen fertiggestellten bzw. im Bau befindlichen Panzerkreuzer und weist darauf hin, daß es das Streben der Admiralität gewesen sei, die geforderte Heberlegenheit über andere Mächte herzustellen, und daß die Admiralität nunmehr ihre Aufmerksamkeit den anderen Kreuzerklassen zuwenden könne.

Der konservative Lee verlangt von der Regierung eine bindige Erklärung, ob das im Schiffsbauprogramm vorgesehene dritte Linienerschiff gebaut werden solle oder nicht, da die Regierung über die Haltung der Haager Konferenz unmöglich noch länger im Zweifel in bezug auf die Abrüstungsfrage sein könne.

Sir G. Diffe (lib.) verteidigt die Politik der Admiralität bezüglich der Linienerschiffe. Die deutsche Flotte sei zurzeit unbedeutend, ausgenommen, was die Schnelligkeit anbetrifft, mit der man beabsichtigt, in den kommenden Jahren Schiffe zu bauen. Wenn für England irgendwelche Gefahr von Deutschland her bestehe, so sei es nicht die Gefahr einer Invasion oder einer großen Flotte, sondern die wachsende Heberlegenheit der Deutschen in der technischen Ausrüstung ihrer Flotte. Die gestern von Lord Tweedmouth gemachten Mitteilungen über den umfangreichen Bau von Kreuzern seien natürlich eine Antwort auf den Bau von Kreuzern in Deutschland. Er glaube jedoch, daß es nicht notwendig sei, zu bezwecken, mit diesen deutschen Kreuzern zu konkurrieren, besonders da die Politik der Restriktion des Handels eine Angelegenheit sei, die der Vergangenheit angehöre. Nach weiterer Debatte, in welcher die Politik der Admiralität allgemein gebilligt wurde, wurde ein Antrag der Liberalen auf Verminderung der Flottenausgaben mit 263 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Der Etat wurde schließlich angenommen.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 1. Aug. Der französische Generalkonsulchef Brun und Ministerpräsident Stolypin haben sich gegenseitig Besuche abgetatelt.

* Lodz, 31. Juli. Heute sind in 40 Fabriken 20 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Arbeitswilligen wurden von Agitatoren unter Drohungen auseinander getrieben. In der Fabrik der Gebrüder Dobromislsh erschienen drei Agitatoren und verlangten, der Maschinist solle die Maschine anhalten. Als Arbeiter verstanden, die Agitatoren zu vertreiben, feuerten letztere und verwundeten einen Arbeiter tödlich, einen zweiten leicht. In der Fabrik wird weiter gearbeitet. Der Betrieb der Straßenbahnen ist infolge des Arbeiterausstandes auf der elektrischen Station eingestellt. Die Straßenbahnwagen werden von Truppen bewacht. Ein Arbeiter der Fabrik Richter wurde auf der Straße durch acht Revolverkugeln ermordet. Das Militär und die Polizei patrouillieren auf den Straßen wurden verstärkt.

* Lodz, 1. Aug. Mehrere Mädelführer des Ausstandes erschossen gestern einen Ladenbesitzer, der seinen Laden nicht schließen wollte.

* Lodz, 1. August. Der Generalkreuzer ist beendet. Heute streifen nur noch kleinere Fabriken. Gestern fand ein Zusammenstoß zwischen Militär und Arbeiter statt, wobei 2 Personen getötet, mehrere verwundet wurden.

* Miga, 1. Aug. In Lidau wurde der Obermeister einer dortigen Fabrik, ein Ausländer, namens Sungen, auf der Straße maulschlingens erschossen. Auf die den Mörder nachspürenden Polizisten wurde ebenfalls aus dem Hinterhalt geschossen. Die Polizisten erschossen einen der Angreifer und verwundeten einen zweiten.

* Noworossik, 31. Juli. Der Ausstand in den Betonfabriken ist beendet. Die Hafen- und Eisenbahnarbeiter sind in den Ausstand getreten.

* Orel, 31. Juli. Als der Polizeikommissar, sein Gehilfe und ein Schreiber vom Landhause zurückkehrten, wurden sie von mehreren Verbrechern angehalten, welche Feuer gaben und den Inspektor, sowie den Gehilfen töteten; der Schreiber vermachte sich zu retten.

* Tschibulskaja, 31. Juli. Gestern abend um 8 Uhr wurden zwei Kassierern der russischen Eisenbahngesellschaft in Eisenbahnzuge zwischen Seiler und Gammarsitzso von vier Räubern 20 500 Rubel geraubt. Die Räuber brachten den Zug zum Stehen und entkamen.

* Chargin, 31. Juli. 8000 Chinesen von der kürzlich organisierten Armee kamen in der letzten Woche auf der Station Konanchemise an und schlugen dort ihr Lager auf.

Marokko.

(Telegramme.)

Die Ermordung von Europäern in Casablanca.

* Paris, 31. Juli. Aus Casablanca kommt die Nachricht, daß die Stadt vom Verberjamm Spanija überfallen worden ist. Die Verber sollen besonders gegen die neuen Hafenanarbeiten gewütet und zehn Europäer getötet haben.

* Tanger, 31. Juli. Ueber die Vorgänge in Casablanca wird der Ag. Havas gemeldet: Viele Israeliten verließen die Stadt auf einem Schiff (dem deutschen Dampfer „Saffi“). Wie verlautet, sind drei Stämme, die über die Hafenan- und Eisenbahnarbeiten ertrotzt sind, in die Stadt eingedrungen und bedrohen die Ausländer. Ein Augenzeuge behauptet, die Stämme seien gestern vormittag in die Stadt eingedrungen und hätten den heiligen Krieg ausgerufen. Fünf Franzosen seien getötet, ferner zwei Italiener und ein Spanier. Die Läden von Eingeborenen werden geplündert. Europäer hätten mit Hilfe von Soldaten, die Hafenan- und Tore bewachen, fliehen können.

Der in Tanger aus Casablanca eingetroffene französische Arzt Merlé berichtet über die Ereignisse in Casablanca folgendes: Zahlreiche Eingeborene, die unter dem Vorwand auf dem Markt Getreide verkaufen zu wollen, in die Stadt gekommen waren, sammelten sich mittags am Hafen, beschimpften die eingeborenen Wächter, mißhandelten sie und mordeten einige Arbeiter. Europäer, die bewaffnet auf die Straße geeilt waren, wurden angegriffen und niedergeschlagen. Die Israeliten schlossen ihre Läden und flüchteten auf ein

Schiff. Ein Sekretär des spanischen Konsulats hat ebenfalls die Stadt verlassen. Der Kapitän des Schiffes erklärt, die ganze Verantwortung für die Vorfallung treffe den Pascha. Das französische Kriegsschiff „Galilee“ wird sich nach Casablanca begeben.

Wie weiter gemeldet wird, erfolgte die Ermordung von Europäern in Casablanca am Dienstag mittag. Bereits vorher hatten Eingeborene erklärt, daß in einigen Tagen die Stämme aus der Umgegend in die Stadt eindringen und den Erbauer eines Forts, einen Franzosen, umbringen wollten. Die Opfer sind durch Stochschläge bzw. Messerstiche getötet und die Leichen naher verbrannt worden. Erst heute abend gelang es einigen Europäern, aus der Stadt zu entkommen. Der französische Konsul ist auf seinem Posten geblieben.

* Paris, 1. August. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Die Nachricht über die Unruhen in Casablanca scheint sich zu bestätigen; es ist aber möglich, daß die darüber gebrachten Auskünfte sehr übertrieben sind. Die Regierung hat, um für jede Eventualität gerüstet zu sein, die nötigen Vorbereitungen getroffen, um im Notfall den Fremden in Casablanca zu Hilfe zu kommen.

* Tanger, 1. August. Der französische Arzt Merlé machte dem Geschäftsträger über die Ereignisse in Casablanca die Mitteilung, daß die Hauptlinge der Stämme am Montag vom Pascha von Casablanca verlangten, daß er die Einstellung der Hafenanarbeiten anordne. Um Zeit zu gewinnen, forderte sie der Pascha auf, am Dienstag wieder zu kommen. Sie erschienen jedoch nicht, so daß man glaubte, die von den Führern ausgeprochene Drohung, am Donnerstag die Juden und Christen auszurotten, werde nicht ausgeführt werden. Der Pascha von Casablanca weigerte sich, der Aufforderung des französischen Konsulats nachzukommen, die Leichen der ermordeten Europäer durch Truppen zu bergen, mit der Ausrede, daß er keine Patronen besitze. Auf Drängen des Konsulats erhielt der Arzt Soldatengeleit zum Schiff. Er fuhr nach Tanger, um die Abführung eines Kreuzers zu veranlassen. Die Soldaten ließen Merlé erst fort, nachdem er den für die Begleitung geforderten Preis gezahlt hatte. Die Zahl der getöteten Europäer wird auf 8 angegeben, davon sind 5 Franzosen. Man glaubt, daß die Zahl der in die Stadt eingedrungenen Stammesleute 20 000 beträgt.

* Tanger, 31. Juli. Der englische Gesandte hat nach dem Empfang eines Briefes von Mac Lean, in dem Dröhungen Kasulais entfallen sind, um Aufhebung der Operationen gegen Marokko bitten lassen. Es sind sogleich in diesem Sinne Befehle gegeben worden.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 1. August.

§ (Der Schlusssatz im Großherzoglichen Gymnasium.) Im Großh. Gymnasium gestaltete sich der neirige Schlusssatz zu einer herrlichen Abschiedsfeier für den verehrten Lehrer und Direktor, Geh. Rat Dr. Wendt, der in hohem Alter sein mit schönen Erfolgen geführtes Amt niederlegt und als Frucht seiner 40jährigen Tätigkeit als Direktor und seiner 60jährigen Lehrtätigkeit eine Fülle von Dankbarkeit und Liebe erntet. Oberprimar Schüll hielt eine Festrede über „Goethes Lebensanschauungen“ und dankte sich dann in bewegten, dankerfüllten Abschiedsworten an Geh. Rat Wendt, dessen hohe Auffassung seines Berufs, dessen Milde und Herzensgüte ihm alle Dingen genannnen. Mit inniger Freude und Dankbarkeit werden wir uns stets an die Zeit erinnern, da Sie uns einführen in die höchsten Meisterwerke des klassischen Altertums, da Sie uns das Verständnis unserer eigenen Literatur und der Personen der Weltliteratur vermitteln und uns bekannt machen mit den ewigen, grundlegenden Gesetzen des Denkens. Möge unsere Verehrung und Dankbarkeit Sie begleiten in lange Jahre einer stillen Ruhe. Geh. Rat Wendt gab dann zum letzten Male den Rückblick über das verfloßene Schuljahr und richtete darauf herzliche Mahnworte an die Schüler. Sein Interesse an der Anstalt, der er so lange Jahre vorgestanden, werde er in Treue bewahren. Professor Dr. Goldschmidt entbot namens des Lehrerkollegiums dem scheidenden Direktor, der im entbrot seinen Idealen gefolgt sei und von hohen Gedanken geleitet, stets sein Bestes der Erziehung der Jugend gewidmet habe, den Abschiedsgruß. Senatspräsident Loes widmete dann der Anstalt die Worte dankbarer Anerkennung. Mit einem Vortrag des Schülerschreibers endete der für das Großh. Gymnasium so bedeutungsvolle Schlusssatz. Abends fand im Kolosseum ein Abiturientenkonkurs statt, wobei der Vorsitzende Hösel in einer Eröffnungsrede gleichfalls des verehrten Direktors gedachte, der in seiner Pflichttreue und idealen Lebensauffassung allen seinen Schülern und insbesondere denen, die nun aus der Schule ins Leben hinaustreten, ein Vorbild bleiben möge.

mzr. Anlässlich seines Rücktritts aus der öffentlichen Wirksamkeit sind Herrn Geh. Rat Dr. Wendt folgende Telegramme zugegangen:

St. Moritz, 31. Juli 1907.

Herrn Geh. Rat Wendt!

An dem Tage, an dem Sie Ihr Schulamt niederlegen, das Sie 40 Jahre mit treuer Eingebung und ausgezeichneter Erfolge geführt haben, ist es mir eine werke Pflicht, Ihnen meine wärmste Dankbarkeit und Anerkennung für alles auszusprechen, was von Ihnen sowohl für Ihre Anstalt, wie für das Schulleben des ganzen Landes in fruchtbarer Weise geleistet worden ist. Möge Ihnen noch ein langer und gesegneter Lebensabend von Gott beschieden sein. Das wünscht von Herzen

Ihr dankbarer ergebener

Friedrich, Großherzog.

St. Moritz, 31. Juli 1907.

Herrn Geh. Rat Wendt!

An diesem weisevollen und wehmütigen Abschiedstage möchte auch ich der tiefen Dankbarkeit Ausdruck geben, mit welcher ich Sie scheidend sehe. Unvergessen wird die Zeit Ihres Wirkens bleiben und segensreich weiterleben bei vielen, die mit mir in Verehrung Sie auch ferner in treuer Anhänglichkeit begleiten.

Großherzogin von Baden.

Badenweiler, 31. Juli 1907.

Herzliches Gedächtnis bei Ihrer amtlicher Tätigkeit, treue Wünsche für ferneres Wohlergehen.

Ihr dankbarer alter Schüler

Friedrich, Erbgroßherzog.

H. H.

Hiermit die ergebene Mitteilung, dass ich das von mir früher geführte

„Hotel Viktoria“

wieder übernommen habe.

Das Haus wird ohne Betriebsstörung vollständig neu renoviert.

Ich werde bemüht sein, meine geehrten Gäste in jeder Beziehung zufrieden zu stellen und bitte ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens

Hochachtend
Toni Schmitt verw. Jene

Rheinische Hypothekenbank Mannheim.

Am 30. Juni 1907 betrug die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Hypothekenspfandbriefe M. 426 710 900.—

die Gesamtsumme der in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken M. 444 086 179.18

die Gesamtsumme der in Umlauf befindlichen Communal-Obligationen M. 6204 300.—

die Gesamtsumme der in das Korporationsforderungs-Register eingetragenen Forderungen . M. 8089 769.05

Mannheim, den 30. Juni 1907. 2.80

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe.

Demnächst erscheint:

Reigenartige Turnübungen für Mädchen

Zweiter Teil
Die oberen Stufen

Von
Alfred Maul
Hofrat und Direktor der Grossh. Turnlehrerbildungsanstalt

Zweite umgearbeitete Auflage

Preis kart. Mk. 1.40

Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.

Deidesheim. 2.9 12.9

Zentrum des Qualitätsweinbaus der Rheinpfalz. Weltberühmt: Rieslingbau, Naturweinversteigerungen, Musterweinbau und -Kellerwirtschaft. Warmstes Weinklima Deutschlands: Nie unreife Jahrgänge. 2121 ha eigener Waldungen. Wundervolle Gebirgstouren. Schwimmbassin von 270 qm im Freien. Botan. interess. Baumplantagen zwischen Gebirg und Stadt (1 km). Die Wirte Deidesheims verschenken ausschl. Naturwein.

Stadtgarten-Theater Karlsruhe.

Freitag den 2. August 1907

Der lustige Krieg

Operette in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Gefucht nach Baden-Baden in herrschaftl. Haushalt befreies
Mädchen

als erstes Zimmermädchen, perfekt nähen. Offerten mit Photographie und Zeugnissen unter **A. 100** postlagernd Baden-Baden.

Gelder auf Hypotheken besorgt

August Schmitt, Karlsruhe
Hypothekengeschäft Lessingst. 3a
Telephon 2117. P 124.61
Für Geldgeber kostenfrei.

Die Stelle des Secretärs

für den Kreisaußschuß Mosbach soll neu besetzt werden auf 1. Oktober d. J. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer persönlichen Verhältnisse, ihrer Gehaltsansprüche und unter Beilage ihrer Zeugnisse bis längstens 26. August d. J. bei dem Kreisaußschuß Mosbach, den 29. Juli 1907.

Der Kreisaußschuß:
Zutt. O. Stein.

Schreibenshilfe.

Bei diesseitigen Anteile ist eine Schreibenshilfe auf die Dauer von drei Monaten vom 15. August d. J. ab gegen eine Tagesgebühr von 3 M. zu bestehen. 2.129.

Bewerber wollen sich sofort melden. Bruchsal, den 30. Juli 1907.
Großh. Bezirksamt.

Bürgerliche Rechtsstreite

Öffentliche Zustellung einer Klage.

2.119.2.1. Nr. 15 134. Konstanz. Der G. S. Dietrich zu Konstanz — Prozeßbevollmächtigter: S. Wette, Konstanz — klagt gegen den Karl Friedrich Senger, Flaschenbierdepot, früher zu Konstanz, auf Grund eines Darlehens gegen Wechsel, auf Bezahlung von 2430.20 M. nebst 6 Proz. Zinsen hieraus vom 2. April 1907 ab und Tragung der Kosten des Rechtsstreits, mit dem Antrag auf vorläufig vollstreckbare Verurteilung.

Der Kläger ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die erste Zivilkammer des Großh. Landgerichts zur mündlichen Verhandlung auf

Mittwoch den 9. Oktober 1907,
vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Konstanz, den 27. Juli 1907.
Dr. Ewald,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Bekanntmachung.

2.110. Schwetzingen. Durch Ausschlußurteil des hiesigen Großh. Amtsgerichts vom 18. Juli 1907 sind nachstehende Gläubiger mit ihren Rechten ausgeschlossen worden:

a. die im Grundbuch Altkußheim Band 7, Heft 22 III, Abt. Nr. 15, eingetragene Sicherungshypothek in Höhe von 446 M. 65 Pf., verjünglich zu 5 Proz. vom 11. Februar 1896 zugunsten der Firma J. W. Bad & Cie. in Mannheim.

b. die im Grundbuch Altkußheim Band 7, Heft 22 III, Abt. Nr. 16, eingetragene Sicherungshypothek im Betrage von 3700 M., verjünglich zu 5 Proz., vom 18. Februar 1897 zu

gunsten der Vollstreckungsmafie des Heinrich Engelhardt, Bäckers in Seibelberg.

Schwetzingen, den 18. Juli 1907.
Großh. Amtsgericht.
gez. Paier.
Dies veröffentlicht:
Der Gerichtsschreiber:
Friedhöfer.

Konkursverfahren.

2.130. Nr. 6011. Pforzheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Buchdruckereibesetzers G. Sies in Pforzheim wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Verteilung der Masse durch Beschluß des Gerichts vom 30. Juli 1907 aufgehoben.

Pforzheim, den 30. Juli 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:
Lohrer.

Konkursverfahren.

2.131. Nr. 6056. St. Blasien. Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen im Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Ludwig Kottmann in Schuchsee wurde bestimmt auf

Donnerstag den 29. August 1907,
nachmittags 3 Uhr.

St. Blasien, den 27. Juli 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Lippolt.

Konkursverfahren.

2.132. Nr. 5188. Waldbrunn. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wirtz Adolf Kollerbach in Waldbrunn ist infolge des von dem Gemeindegeldner gemachten Vergleichsvorschlags Vergleichstermin bestimmt auf

Mittwoch den 28. August 1907,
nachmittags 1 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgerichte hier.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Konkursverwalters sind auf der Gerichtsschreiberei dahier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Waldbrunn, den 30. Juli 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Guerst.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Littenweiler belegene, im Grundbuche von Littenweiler zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Wilhelm Leonhard Witwe, Eilse geborene Verdon in Freiburg, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

Montag den 30. September 1907,
vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat im Rathaus zu Littenweiler versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. Juni 1907 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Beschreibung des zu versteigernden Grundstückes:
Grundbuch von Littenweiler, Band 6, Heft 18, Bestandsverzeichnis I, Lge.-Nr. 62, 37 a 19 qm Hofreite und Hausgarten, und zwar Hofreite 18 a 82 qm, Hausgarten 18 a 37 qm.

Auf der Hofreite stehen:

a. ein zweistöckiges Wohnhaus mit Kalkeneller und Wirtschaftseinrichtung — Gasthaus zum Hirschen — mit angebauter Scheuer nebst Stallung,

b. eine Trinkhalle mit Regelföhne,

c. ein einstöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller, eingebautem zweistöckigem Brauereigebäude und Ueberdachung, sowie mit angebauter Remise und darunter befindlichem gewölbtem Keller,

d. ein einstöckiger Saalbau mit Büffet, Küche und Abort.

Die Schuldrechtlichkeit zum Hirschen ruht auf dem Grundstücke als Realrecht.

Ohne Zubehör geschätzt zu 68.000.—
Mit Zubehör geschätzt zu 73 454.95 M.

Freiburg, den 11. Juli 1907.
Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.
Kapfeler.

Strafrechtspflege.

Labung.

2.10.3.2. Neustadt. Der am 8. Oktober 1876 in Niederbergemau, Amt Schopfheim, geborene, zuletzt in Kappel, diesseitigen Bezirks, wohnhafte Schmied Karl Friedrich Kiefer, welcher beschuldigt ist, daß er als Wehrmann I. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert sei — Uebertretung nach § 380 Ziffer 3 Str.G.B. — wird auf Anordnung Großh. Amtsgerichts auf

Freitag den 27. September 1907,
vormittags 9 Uhr,

vor das Großh. Schöffengericht Neustadt geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird er auf Grund der in § 472 der Strafprozeßordnung bezeichneten Erklärung verurteilt werden.

Neustadt, den 20. Juli 1907.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Jörder.

Bermischte Bekanntmachungen.

Verdingung einer Einfriedigung.

Die Lieferung und die Aufstellung des eisernen Gitteres für eine Einfriedigung beim Elektrizitätswerk in Mannheim (neuer Rangierbahnhof) soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Das Bedingungsheft und die Zeichnungen liegen in den üblichen Dienststunden auf unserer Kanzlei zum Einsehen auf. Angebotsformulare werden hier unentgeltlich abgegeben.

Die Angebote sind uns verschlossen und verpackt bis zum Eröffnungstermin am 8. August l. J., vormittags 10 Uhr, einzureichen. 2.118.2

Zuschlagsfrist 14 Tage.
Mannheim, den 26. Juli 1907.
Großh. Bauinspektion.

Steinlieferung zum Rheinbau.

Die Großh. Rheinbau-Inspektion Karlsruhe verdingt die Lieferung von 5605 cbm Uferbausteinen, und zwar 1643 cbm I. Klasse (Pfastersteine) und 3962 cbm II. Klasse (Deckungssteine) für den Rheinbau auf der Strecke von Grefsen bis Gernersheim für das Baujahr vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 in 23 Losabteilungen in öffentlichem Wettbewerb. 2.120.2.1

Die Lieferungsbedingungen liegen hier und bei den Domänenämtern in Grefsen, Rittersdorf und Magau zur Einsicht auf.

Angebote sind schriftlich, unter Benützung der von hier zu beziehenden Vorbrücke, verschlossen, präfixiert und mit der Aufschrift „Steinlieferung“, versehen, bis

Dienstag den 13. August 1907,
vormittags 10 Uhr,

auf dem Geschäftszimmer der Inspektion — Stefanienstraße 71 — einzureichen.

Für die Bewertung und Verdingung sind die Bestimmungen der Verordnung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907, Ges.- und Verordnungsblatt Nr. III vom 22. Januar 1907, maßgebend.

Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.

Karlsruhe, den 30. Juli 1907.

Mitteilung des Großh. Statistischen Landesamts

Monatliche Durchschnittspreise von
Faser, Stroh und Heu
für den Monat Juli 1907.

| Orte. | 1. Mittlere Monatspreise. | | |
|-----------------------|---------------------------|--------|--------|
| | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| Konstanz | — | 7 | — |
| Neustadt | 20 15 | — | — |
| Stodach | — | 5 02 | 5 86 |
| Willingen | 21 30 | — | 5 40 |
| Freiburg | 21 14 | 7 | 6 44 |
| Offenburg | — | 6 60 | 6 85 |
| Rastatt | — | 6 15 | 5 05 |
| Bruchsal | — | 5 65 | 5 45 |
| Karlsruhe | — | 6 38 | 7 50 |
| Mannheim | 20 40 | 6 | 6 05 |
| Mosbach | 20 | — | 5 18 |
| Wettersheim | 19 17 | — | — |

| Orte. | 2. Monatliche Durchschnittspreise der höchsten Tagespreise (ohne Zuschlag). | | |
|-----------------------|---|--------|--------|
| | M. Pf. | M. Pf. | M. Pf. |
| Konstanz | — | 7 20 | 7 |
| Neustadt | 20 26 | — | — |
| Stodach | — | 5 16 | 6 |
| Willingen | 22 | — | 5 40 |
| Freiburg | 21 25 | 7 | 6 44 |
| Offenburg | — | 6 60 | 6 85 |
| Rastatt | — | 6 30 | 5 15 |
| Bruchsal | — | 5 75 | 5 50 |
| Karlsruhe | — | 6 38 | 7 50 |
| Mannheim | 20 74 | 6 | 6 40 |
| Mosbach | 20 | — | 5 13 |
| Wettersheim | 20 | — | — |